

Thema: attac,

URL: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/626729_Weiterer-Ausverkauf-...

WIENER ZEITUNG .at



Leitartikel
Budgetreform

Login | Registrieren

30. April 2014

Themen Channel | Meinungen | Dossiers | Fotos | Amtsblatt | Abo | Newsletter | ePaper

Leitartikel | Glossen | Gastkommentare | Kommentare | Blogs | Leserforum | Analysen | Porträts | Cartoons | Beilagen | Anzeigen & Service

Sie sind hier: Meinungen > Gastkommentare > Weiterer Ausverkauf der... > von Gastkommentar von Kurt Bayer

■ Wem Schiedsgerichte bei internationalen Investitionsstreitigkeiten nützen.

Im Rahmen der Parlamentssitzung am 24. April über das von der EU-Kommission mit den USA verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) kam auch wieder die Kritik an dem im (weitestgehend geheim verhandelten) Abkommen enthaltenen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren (Investor-state dispute settlement, ISDS) zur Sprache.



Werbung

Die Verhandlungen über dieses Dossier sind derzeit von der EU-Kommission bis zum Herbst ausgesetzt worden. Der Zeitraum soll zu intensiver Konsultation mit Bürgern, Lobbys, Interessenverbänden und Unternehmen genutzt werden.

Worum geht es beim Streitbeilegungsverfahren?

Grundsätzlich geht es beim ISDS darum, dass in bilateralen Handelsabkommen, aber auch in vielen Einzelverträgen, die grenzüberschreitende Investoren mit Zielländern abschließen, zur möglichen Streitbeilegung ein privates Streitbeilegungsverfahren vereinbart wird, das je nach Abkommen optional oder verpflichtend bei Streitigkeiten zur Anwendung kommt. (Insider meinen, dass heutzutage bei fast jedem größeren Geschäft die eine oder andere Partei klagt und dabei zunehmende Rechtskosten verursacht.)



Gegen das Freihandelsabkommen TTIP protestieren Bürger immer wieder - zu Recht?

© epa/Olivier Hoslet

Solche privaten Schiedsgerichte werden in jüngster Zeit zunehmend in Anspruch genommen. Eine Schätzung von Attac besagt, dass es derzeit weltweit 530 bekannte anhängige Fälle gibt. Mit steigender Tendenz kommen etwa 60 Fälle pro Jahr hinzu. Dabei geht es in allen Fällen darum, dass Unternehmen, die in einem anderen Land investiert haben, den Zielstaat klagen, wenn vermeintlich ihre Rechte geschmälert oder dem Investor ganz entzogen werden.

Der klassische Fall ist also einer, bei dem als Beispiel ein österreichisches Unternehmen in einem Balkanstaat einen Hotelkomplex errichtet - und nach Errichtung eine Behörde

im Zielland etwa die Einfuhr von notwendigen Einrichtungsgegenständen oder auch Nahrungsmitteln mit dem Argument verweigert, es seien exorbitante Zollrechnungen aus der Errichtungsphase nicht bezahlt worden. Oder es wird mit dieser Argumentation die Bewilligung zur Eröffnung des betreffenden Hotels versagt.

In jüngster Zeit wurden aber Fälle bekannt wie etwa jener des schwedischen Kraftwerksbetreibers Vattenfall, der in Deutschland ein Kraftwerk errichten wollte, sich aber durch die deutsche Energiewende in seinen Gewinnerwartungen bedroht fühlte und Schadenersatz beanspruchte.

Schlagwörter

- America Movil **Budget**
- Carlos Slim EU
- Heiligsprechung **Leitartikel**
- Manchester City
- Manny Viveiros **ÖIAG**
- Österreich Reinhard Göweil
- Rom **Russland**
- Schubhaftzentrum
- Syndikatsvertrag **Telekom**
- Telekom Austria **Ukraine**
- USA Vordernberg

Werbung

Beliebte Inhalte

Meistgelesen

1. Budgetreform
2. Minimalismus
3. Nichts für kühle Rationalisten
4. Europas Verteidigung
5. Gefährliche Routine

Meistkommentiert

1. Europas Verteidigung
2. Budgetreform
3. Assads schlechte Wahl
4. Nichts für kühle Rationalisten
5. Politische Bildung

Werbung

Thema: attac,

URL: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/626729_Weiterer-Ausverkauf-...

Ähnliche Fälle, die zum Beispiel durch Fracking-Verbote oder Auflagen in Kanada entstanden, sind bekannt. Oder die Klage des Zigarettenherstellers Philipp Morris gegen die Regierung von Australien anlässlich des dort beschlossenen Gesetzes, dass Zigarettenpackungen nur noch Markenneutralisiert, also ohne Markenaufdruck, verkauft werden dürften.

Schiedsgerichtsverfahren sind teuer und einseitig

Besonders zwei Einwendungen werden gegen diese Praxis laut, eine systemimmanente und eine grundsätzliche. Solche Schiedsgerichtsverfahren sind teuer: Ohne die auflaufenden Rechtsanwaltskosten werden sie auf etwa 800.000 Euro geschätzt, mit den teuren Anwaltskosten können schnell Beträge von mehreren Millionen Euro auflaufen. Ein weiteres Problem ist, dass es bei solchen Verfahren, die üblicherweise von drei von den Parteien zu nominierenden Rechtsanwälten (also nicht Richtern!) entschieden werden, keine Ablehnung (etwa aus "frivolen" Gründen) der Klage gibt. Das bedeutet: Alle Klagen werden verhandelt.

Darüber hinaus ist die Kosten-Nutzen-Balance vollkommen ungleich verteilt, und zwar zu Ungunsten des beklagten Staates. Der beklagte Staat kann bestenfalls einen Schiedsspruch erreichen, der die Klage ablehnt. Dennoch muss er auch in diesem Fall die eigenen Anwaltskosten und meistens die Hälfte der Verfahrenskosten berappen.

Der Kläger indes kann im Idealfall saftige Entschädigungssummen erstreiten. Die Risiken dieser Verfahren sind daher sehr ungleich verteilt, der beklagte Staat kann eigentlich nicht gewinnen. Dazu kommt noch, dass derartige Schiedssprüche nicht beeinsprucht werden können, weil es keine Berufungsinstanz gibt. Daher bleiben alle Fehler und Interpretationen der Schiedsrichter gültig und exekutierbar.

Gewinninteresse vor Allgemeinwohl?

Die viel grundsätzlichere Frage ist jedoch, wo bei solchen Klagen der politische Regulierungsspielraum des Landes verbleibt, wenn Unternehmen alles, was ihre Gewinnerzielung und ihre Gewinnerwartungen beeinträchtigen könnte, einklagen können. Im Extremfall müssen sie selbst kein Investitionsrisiko mehr tragen (den "Ursinn" unternehmerischen Handelns), sondern wollen dies vom Zielstaat zu 100 Prozent abgesichert haben.

Systemisch gesprochen geht es daher darum, ob die privaten Gewinninteressen den Regulierungsinteressen eines Staates (also dem Allgemeinwohl) vorgehen oder nicht. Dies ist meines Erachtens der Haupteinwand gegen das starke Anwachsen dieser Schiedsgerichte.

Es entsteht durch solche Verfahren also eine Nebengerichtsbarkeit, welche die staatlichen Gerichte aushebelt. Es mag zwar gute Gründe dafür geben, dass ein Investor der Rechtsstaatlichkeit in wenig entwickelten oder als korrupt bekannten Staaten nicht traut und daher Schiedsgerichtsbarkeit vereinbart. Dort haben sie einen legitimen Platz, wenn auch reformiert (Ablehnungsmöglichkeit, Instanzenzug, etc.).

[weiterlesen auf Seite 2 von 2](#)

Drucken

Schlagwörter

Gastkommentar, Kurt Bayer, TTIP, EU, USA, Freihandelsabkommen

Leserkommentare

Ihr Name *

Ihre E-Mail-Adresse *

Mit dem Absenden des Kommentars erkennen Sie unsere [Online-Nutzungsbedingungen](#) an.

Bei Antworten benachrichtigen

Geben Sie hier Ihren Kommentar ein...



* Pflichtfelder (E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht)

[Startseite](#)

[Nachrichten](#)

[Welt](#) [Europa](#) [Österreich](#) [Wien](#) [Kultur](#) [Wirtschaft](#) [Wahlen](#) [Sport](#) [English News](#)

Thema: attac,

URL: http://www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/626729_Weiterer-Ausverkauf-...

Themen Channel	Bildung Digital Integration Literatur Lebensart Musik Reflexionen Spiele Wirtschaftsservice Wissen Zeitreisen
Meinungen	Leitartikel Glossen Gastkommentare Kommentare Blogs Leserforum Analysen Porträts Cartoons
Dossiers	1914 310 Jahre Wiener Zeitung Arabische Revolution Asyl Autismus Bildungsdebatte Bundesheer Comics & Mangas Datagramm Netzpolitik Deutschland 2013 Die Akte Hypo Dylan EU-Freizügigkeit Februar 1934 Fleisch Fukushima Indien-Wahl Insolvenzen iPhone/iPad Jahresvorschau 2014 Korruption Krimkrise 2014 Mariahilfer Straße Raumfahrt Shakespeare Sterbehilfe Streit der Ökonomen Studenten.Leben Ukraine Welthandel
Amtsblatt	Aktuelle Ausgabe Alte Ausgaben Suche Konkurse Jobs Info Immobilien
Abo	Aboangebote AboPlus Abo-Service
Beilagen	WienerJournal extra ProgrammPunkte Future
Unternehmen	Kontakt Verlag Redaktion WZ Jobs bei der Wiener Zeitung Impressum AGB English Information about Wiener Zeitung
Volltextsuche	